HCA
Heidelberg Center
for American Studies

Standardisierte Unterrichtspläne, die Krim-Krise und Anti-Homosexuellen Gesetze

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 24. bis 28. Februar 2014

(sr) Heiß diskutiert wurden in dieser Woche die Einführung von standardisiertem Lehr- und Testmaterial in amerikanischen Schulen, die andauernde Krise in der Ukraine sowie ein Gesetzesentwurf aus Arizona, der Unternehmen erlauben würde Homosexuelle nicht zu bedienen.

Der „Common Core“, eine Standardisierung des Mathematik- und Englischunterrichtes von der ersten bis zur zwölften Klasse, sorgte für viel Gesprächsstoff bei Eltern, Lehrern und Politikern. Die *New York Times* befürwortete die Einführung, sorgte sich aber auch, dass Lehrer nicht genügend Zeit bekommen haben um sich auf das neue Material und die neuen Anforderungen vorzubereiten. Die *LA Times* hingegen bekundet Begeisterung bei den Lehrern, da sie mehr Möglichkeiten haben kreativ mit den Schülern zu arbeiten und das Material tiefergehend vermitteln könnten. Genau wie in der *Huffington Post* ist jedoch auch die Meinung der Eltern ein Thema, da diese sich wenig beeindruckt von dem neuen Unterricht zeigen. Hier ist von überhöhten Schulausgaben, begrenzten Lehrplänen und vorgeschriebenen Unterrichtsabläufen die Rede. Die *Washington Post* kritisiert, dass die Schulbücher dem neuen Material noch nicht angepasst sind.

Auch nach drei Wochen nehmen die Auseinandersetzungen in Kiew kein Ende. Russlands Präsident Putin will, dass die Krim wieder Teil von Russland wird, und die Ukraine ist ein gespaltenes Land. Die *New York Times* bezeichnet Russlands Verhalten als rachsüchtig und befürchtet, dass Russland seinen Willen durchsetzt, indem es Grenzen schließt oder die Gaspreise ins Unermessliche erhöht. Des Weiteren rät die Zeitung der Europäischen Union mit und nicht gegen Russland zu planen. Außerdem sollte den ukrainischen Bürgern, die Pro-Russland gestimmt sind, klar gemacht werden, dass man Teil des Westens sein aber dennoch Traditionen, Sprache und Geschichte mit Russland teilen kann. Laut der *LA Times* wird sich an der Ukraine zeigen, ob Europa aus seiner Geschichte gelernt hat. Wird die Europäische Union es schaffen ihre Werteorientierungen in den Nachbarländern durchzusetzen, oder wird sie wie in Bosnien vor 20 Jahren scheitern?

Der Staat Arizona hat einen Gesetzesentwurf herausgegeben, der Unternehmen wie Hotels oder Restaurants erlauben würde Kunden, hauptsächlich homosexuelle Kunden, nicht bedienen zu müssen, wenn der Besitzer sich dadurch in seiner Religion angegriffen fühlen würde. „Die Erlaubnis zu Diskriminierung“ titelte die *New York Times* in diesen Fall. Schritte in Richtung Gleichberechtigung würden keine Religionsfreiheit einschränken, schrieben sie weiter. Nachdem Jan Brewer, die Gouverneurin von Arizona, am Donnerstag ein Veto

eingelegt hatte, kritisierte die *LA Times*, dass dies nicht aus anti-rassistischen, sondern aus rein politischen Gründen geschehen sei: Das Gesetz würde dem Tourismus schaden und Arizona könnte als Austragungsort der nächsten Super Bowl wegfallen. Eventuell empfand sie das Gesetz aber auch als „zu verrückt – sogar für Amerika“.

Quellen:

www.huffingtonpost.com

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com